

Individuelle Verantwortung für Nachhaltigkeit

Wie groß muss mein Scherflein sein?

Von Christian Baatz

Sich für eine bessere Klimaschutzpolitik zu engagieren – dazu ist der Mensch aus moralphilosophischer Sicht verpflichtet. Schwieriger ist jedoch die Frage zu klären, in welchem Maß der einzelne seine privaten Emissionen zu verringern hat. Schließlich wohnt nicht jeder in Radentfernung von seiner Arbeitsstelle.

— Viele der heutigen Umweltprobleme entstehen durch die Übernutzung natürlicher Systeme. Um die Umweltprobleme zu lösen, bedarf es daher Institutionen, welche deren Nutzung einschränken. In der Regel werden dabei vor allem Effizienz- und Konsistenzstrategien, weniger Suffizienzstrategien verfolgt. Existieren Institutionen, die das gesellschaftliche Miteinander so regulieren, dass sich negative ökologische Effekte auf ein legitimes Maß reduzieren lassen, ist der oder die einzelne Bürger(in) vor allem verpflichtet, sich an die etablierten Regeln zu halten. Was ein legitimes Maß in bestimmten Bereichen wie Klimawandel oder Biodiversitätsverlust darstellt, ist indes eine hoch komplexe und vor allem normative Frage.

Unbestritten ist jedoch, dass in Bezug auf fast alle globalen Umweltprobleme entweder gar keine oder keine angemessenen Institutionen beziehungsweise Regulierungen vorhanden sind. In Bezug auf das Problem des Klimawandels stellen die Klimarahmenkonvention und das mittlerweile ausgelaufene Kyoto-Protokoll zwar wichtige Institutionen dar. Zur Vermeidung eines gefährlichen anthropogenen, also

menschengemachten Klimawandels genügen sie jedoch mit Sicherheit nicht. In Bezug auf den Klimawandel gibt es also keine Institutionen, die angemessen sind und deren Regeln es zu befolgen gilt. Was bedeutet das für mich? Muss ich als einzelne(r) Bürger(in) in einer solchen Situation etwas gegen den Klimawandel tun? Habe ich die individuelle Pflicht, selbst Treibhausgase zu reduzieren?

Kleinvieh macht eben auch Mist

Zur Frage individueller Reduktionspflichten hat sich in den vergangenen Jahren eine intensive moralphilosophische Fachdiskussion entwickelt. Die vorherrschende Antwort lautete hier zunächst: Nein, der/die Einzelne muss nichts tun. Allerdings weisen und weisen praktisch alle Autor(inn)en darauf hin, dass Individuen sehr wohl in der Pflicht seien, sich für die Errichtung klimapolitischer Institutionen einzusetzen. Neuere Aufsätze vertreten zunehmend die Position, dass Individuen zusätzlich verpflichtet seien, ihre individuellen Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Diskutiert werden also zwei verschiedene Typen von Pflichten: politisches Engagement und individuelle Emissionsreduktionen. Während erstere Pflicht wie gesagt unstrittig ist, wird über letztere rege diskutiert. Gegen die Pflicht, individuelle Treibhausgasemissionen zu reduzieren, wird vor allem eingewendet, dass in einer liberalen Gesellschaft jede(r) selbst über Lebensstil und die damit einhergehenden Emissionen entscheiden könne. Dieses Argument beruht jedoch auf einem schwerwiegenden Missverständnis darüber, was eine liberale Gesellschaft ausmacht (vgl. 45 ff.).

In der fachwissenschaftlichen Diskussion spielt ein anderes Argument eine deutlich wichtigere Rolle. Da die individuellen Beiträge zum Klimawandel vernachlässigbar klein seien und niemand durch einen individuellen Beitrag allein geschädigt würde, gäbe es auch keine Pflicht, private Emissionen zu reduzieren; so die Quintessenz dieses Arguments. (1) Dagegen lassen sich aber mindestens drei Einwände formulieren. Erstens ist fraglich, ob das Argument empirisch korrekt ist. So kommt der US-amerikanische Philosophieprofessor John Nolt in einem intensiv diskutierten Artikel zu dem Ergebnis, dass ein(e) US-Bürger(in) im Durchschnitt aufgrund seiner/ihrer während der ganzen Lebenszeit verursachten Emissionen für das schwerwiegende Leid und/oder den Tod von ein bis zwei zukünftig lebenden Personen verantwortlich sei. (2) Zweitens hat der britische Philosoph Derek Parfit schon in den 1980er-Jahren darauf

hingewiesen, dass derlei Überlegungen in eine Paradoxie münden (3): Angenommen „meine“ Emissionen führen dazu, dass es im globalen Mittel um 0,000001 Grad wärmer wird, und angenommen es macht keinen Unterschied, ob es um 1,999999 oder 2,0 Grad wärmer wird – dann macht es auch keinen Unterschied, ob es um 1,999999 oder 1,999998 Grad wärmer wird und so weiter. Schließlich landet man bei dem absurden Ergebnis, dass es keinen Unterschied macht, ob es um 2,0 oder 0,0 Grad wärmer wird. Drittens scheint das Problem der vernachlässigbar kleinen Beiträge ebenso für politisches Engagement zu gelten. Sieht man in vernachlässigbar kleinen Beiträgen einen Grund, der gegen individuelle Pflichten spricht, müsste man auch bestreiten, dass es eine Pflicht zum politischen Engagement gibt.

Schließlich wird eingewendet, dass die Preise für die fossilen Energieträger sanken, wenn viele Individuen weniger davon nachfragten. Die niedrigeren Preise würden wiederum bewirken, dass andere Individuen mit einer geringeren Zahlungsbereitschaft mehr fossile Energieträger kaufen könnten. Dadurch würde letztlich die gleiche Menge fossiler Energieträger verbraucht und die Emissionen würden nicht sinken. (4) Dieser sogenannte Suffizienz-Reboundeffekt tritt aber nur auf, wenn hinreichend viele Personen ihre Nachfrage nach fossilen Energieträgern reduzieren und wenn der Preis maßgeblich durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. In letzter Zeit scheinen aber andere Faktoren eine größere Rolle bei der Preisbildung fossiler Energieträger zu spielen.

Ungerechtfertigt hohe Pro-Kopf-Emissionen

Ein grundsätzlicher Einwand gegen das auf Nachfrage und Angebot basierende Argument lautet grob gesagt, dass jede Person über einen legitimen Anspruch auf eine bestimmte Menge an Emissionen verfügt („Fair Share“). Die Überschreitung meines Fair Share an Emissionen kann ich nicht einfach mit dem Hinweis rechtfertigen, dass andere dies ja auch täten. Der auf dem Zusammenspiel von Nachfrage und Angebot basierende Einwand besagt aber letztlich genau dieses: Wenn ich meine Emissionen auf meinen Fair Share reduziere, werden andere aufgrund der sinkenden Preise fossiler Energieträger ihren Fair Share erst recht überschreiten – und dann kann ich die entsprechende Menge ja auch gleich selbst emittieren.

„ Besonders eklatant ist das moralische Fehlverhalten derjenigen, die sich aktiv gegen eine gesetzliche Regulierung von Emissionen einsetzen. “

Das Fair-Share-Argument impliziert, dass individuelle Treibhausgasemissionen nur oberhalb eines bestimmten Schwellenwerts als moralisch falsch anzusehen sind. Wo aber liegt dieser Schwellenwert, was also ist mein individueller Fair Share? Unterschiedliche Theorien von Verteilungsgerechtigkeit kommen hier zu unterschiedlichen Ergebnissen. Das populärste und zugleich simpelste Verteilungsprinzip – gleiche Pro-Kopf-Emissionsrechte – würde bedeuten, dass die durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen der westlichen Welt um 80 bis 90 Prozent sinken müssten. Zwar stößt die Forderung nach Gleichverteilung der Emissionen in letzter Zeit auf ernstzunehmende philosophische Kritik; alternative Prinzipien würden aber vermutlich eine noch radikalere Umverteilung verlangen. Auch wenn also zunächst unklar ist, auf welche Emissionsmenge einzelne Personen genau ein Anrecht haben, lassen sich Pro-Kopf-Emissionen von zehn Tonnen pro Jahr (Europa) oder gar 20 Tonnen (USA) nicht rechtfertigen und müssten erheblich reduziert werden.

Entscheidend ist die Zumutbarkeit

Die Beantwortung der Frage, was von einzelnen Personen verlangt werden kann, verkompliziert sich allerdings durch einen weiteren Aspekt. Einzelne Personen sind in gesellschaftliche Strukturen eingebunden, die sie zunächst einmal so hinnehmen müssen. Die derzeitigen treibhausgasintensiven Strukturen führen dazu, dass signifikante Reduktionen auf individueller Ebene mit hohen psychischen, sozialen und ökonomischen Kosten verbunden sein können. Liegen meine Emissionen beispielsweise 80 Prozent über dem, was mir gerechterweise zusteht, ist klar, dass es nicht ausreicht, hin und wieder mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren. Um meine Emissionen auf meinen Fair Share zu reduzieren, müsste ich meinen Lebensstil viel weitreichender ändern. Ferner fällt es einem Großstadtsingle vermutlich wesentlich leichter,

auf ein Auto zu verzichten, als es der Familie im ländlichen Raum fällt, ihren Zweitwagen aufzugeben. Offensichtlich handelt es sich hier um eine Frage der Zumutbarkeit, die auf allgemeiner Ebene nur bedingt zu beantworten ist. (5)

Diese zunächst einmal enttäuschende „Es-kommt-darauf-an“-Antwort erlaubt es aber dennoch, einige klare Schlussfolgerungen zu ziehen. Zunächst ist festzuhalten, dass Personen grundsätzlich verpflichtet sind, sich sowohl für die Regulierung des gesamtgesellschaftlichen Treibhausgasausstoßes einzusetzen als auch ihre individuellen Emissionen zu reduzieren. Beide Pflichten sind dadurch begrenzt, was den einzelnen Menschen noch sinnvollerweise zugemutet werden kann. Wo genau diese Grenze liegt, ist eine hoch umstrittene Frage. Mindestens für einige praxisrelevante Schlussfolgerungen ist es jedoch gar nicht nötig, diese Frage zu beantworten. Beispielsweise lässt sich aus dem Gesagten schließen, dass sich Bürger(innen) moralisches Fehlverhalten vorwerfen lassen müssen, sofern sie gar keine Anstrengungen im Hinblick auf die beiden Pflichttypen unternehmen. Besonders eklatant ist das Fehlverhalten derjenigen, die sich aktiv gegen eine gesetzliche Regulierung von Emissionen einsetzen. Außerdem lassen sich zahlreiche Möglichkeiten für Emissionsreduktionen identifizieren, die sich ohne Zweifel als zumutbar klassifizieren lassen. Als Beispiele taugen die üblichen Verdächtigen: zahlreiche Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz, die mittel- bis langfristig eher Nutzen als Kosten verursachen, der Wechsel zu einem Ökostromanbieter, der Verzehr von weniger Fleisch, die Nutzung öffentlicher Transportmittel (sofern vorhanden), der Kauf regionaler Produkte und so weiter. Dabei ist entscheidend, dass und nicht wie ich Emissionen vermeide.

Hinweis auf die Moral reicht nicht

Anzumerken ist noch, dass das Befolgen der Pflicht zu politischem Engagement die Voraussetzungen verbessert, auch der Pflicht zur individuellen Reduktion der Emissionen nachkommen zu können, und umgekehrt: Je mehr Menschen ihre Emissionen verringern, desto leichter wird es sein, entsprechende Regulierungen durchzusetzen. Und je stärker der Staat durch entsprechende Regulierungen die Rahmenbedingungen verändert, desto leichter werden mir individuelle Reduktionen fallen. Hinweise auf moralische Verpflichtungen allein werden allerdings kaum Änderungen von Verhaltensweisen und Lebensstilmustern bewirken. Zum einen ist hier die

Umweltkommunikation gefordert (gerade auch im Bereich der schulischen Bildung), zum anderen muss der Staat die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen peu à peu dahingehend verändern, dass sie nachhaltige Lebensführungen erleichtern. Im Hinblick auf den Klimawandel sind wichtige Schritte beispielsweise die Förderung des Angebots von treibhausgasarmen Produkten und Dienstleistungen sowie eine stärkere Ausrichtung der Stadt- und Raumplanung auf die Befriedigung lokaler Bedürfnisse (vgl. S. 64 ff. und 78 ff.). ———

Die Redaktion der politischen ökologie dankt dem Autor für seine konstruktive Mitarbeit bei der Konzeption dieses Suffizienz-Schwerpunkts.

Anmerkungen

- (1) Sinnott-Armstrong, Walter: It's Not My Fault. In: Sinnott-Armstrong, Walter/Howarth, R.B. (Hrsg.) (2005): Perspectives on Climate Change. Science, Economics, Politics, Ethics. Amsterdam, S. 285-307.
- (2) Nolt, John: How Harmful Are the Average American's Greenhouse Gas Emissions? In: Ethics, Policy & Environment 1/2011, S. 3-10.
- (3) Parfit, Derek (1984): Reasons and Persons. Oxford.
- (4) Johnson, Baylor L.: Ethical Obligations in a Tragedy of the Commons. In: Environmental Values 3/2003, S. 271-287.
- (5) Die Probleme, auf die man stößt, wenn man sich an einer möglichst exakten Bestimmung von Fair Shares versucht, diskutiert der Autor ausführlich in:
Baatz, Christian: Climate Change and Individual Responsibility to Reduce GHG Emissions. In: Ethics, Policy & Environment 1/2014 (im Erscheinen).



Wann ist bei Ihnen das Maß voll?

Leider merke ich oft zu spät, wenn das Maß voll ist.

schaften studiert und promoviert als wiss. Mitarbeiter an der Universität Kiel zur ethischen Dimension des Klimawandels.

Kontakt

Christian Baatz
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Leibnizstr. 4, D-24118 Kiel
E-Mail baatz@philsem.uni-kiel.de

Zum Autor

Christian Baatz, geb. 1981, hat Umweltwissen-